

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilungsgeld mit Kasse der Gewerbesteuer und sonstigen Steuern für den folgenden Tag. Die Ausgabe des Blattes monatlich 20 Pf., durch andere Verträge zu tragen in der Stadt monatlich 20 Pf., auf dem Lande 25 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 70 Pf. mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie andere Steuern und Gebühren werden jederzeit zahlungsmäßig entrichtet. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse ist der Besteller nicht verpflichtet auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktionspreis 20 Pf. für die 4 gewöhnlichen Ausgaben oder deren Raum. Nebenbei die 2 wöchentliche Ausgabe 20 Pf. Bei Abbestellung und Jahresvertrag entwerfen Preisnachschlag. Zielvereinbarungen im nächsten Teil über den Preis der 2 wöchentlichen Ausgaben 20 Pf. Nachvollzug-Geld 50 Pf. Rückgabenmachen bei vorrätiger 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen.

Erst erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöhlitz, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 164

Sonntag den 16. Juli 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Handels- und Ankaufserlaubnis für Kartoffeln.

Vom 1. August 1922 ab werden alle bisher erteilten Handels- und Ankaufserlaubnisse, soweit sie sich auf Kartoffeln erstrecken, ungültig.

Wer vom 1. August 1922 ab den Handel mit Kartoffeln oder den Ankauf von Kartoffeln zum Wiederverkauf, zur gewerbsmäßigen Verarbeitung oder als Beauftragter einer Mehrheit von Personen betreiben will, bedarf einer besonderen Erlaubnis, die von der Amtshauptmannschaft erteilt wird. Dieser Erlaubnis bedürfen auch Angestellte und Beauftragte von Händlern usw. Der Erlaubnisschein muß mit dem Lichtbilde versehen sein und ist beim Ankauf vorzuzeigen.

Zur Bekämpfung des wilden Aufkaufs werden die Kartoffelerzeuger aufgefordert, sich in jedem Verkaufsfalle die erforderliche Handels- oder Ankaufserlaubnis vorzeigen zu lassen.

Nach der Reichsverordnung vom 28. Mai 1922 wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt. Die gleiche Strafe trifft auch Kartoffelerzeuger, die Kartoffeln an Händler usw., die nicht im Besitze der erforderlichen Erlaubnis sind, verkaufen.

Meißen, am 13. Juli 1922. Nr. 624 VII Die Amtshauptmannschaft.

**Umsatzsteuer-** Voranmeldung und Vorauszahlung hat auch für die Monate April bis Juni 1922 bei der hiesigen Stadtsteuerkasse zu erfolgen. Anmelde-Vordrucke werden zugestellt. Wilsdruff, am 13. Juli 1922. Der Stadtrat.

### Neue Zeitung für kleine Leser.

Der Reichskanzler plant zur Lösung der parlamentarischen Krise eine Verabschiedung des Kabinetts durch einen Rechts- und einen Linkspolitiker ohne Erweiterung der Koalition.

Der Reichstag hat das neue Amnestiegesetz gegen die Stimmen der Rechten in zweiter Lesung angenommen.

Die Reparationskommission bestand auf der Zahlung der Juli-Rate in Höhe von 32 Millionen Goldmark.

Die Bankierkonferenz zur Prüfung der Anleihefrage soll binnen kurzem wieder zusammenberufen werden.

In Braunschweig ist die Deutsche Volkspartei aus der Regierungskoalition ausgetreten.

Lord George sprach sich im Unterhause dafür aus, daß der deutschen Regierung ein ausreichendes Moratorium gewährt wird.

### Ein Ausweg?

Ein auf mittlerer Linie stehender Politiker schreibt uns aus Berlin:

„Nun scharf macht scharf, sagt ein altes, gutes deutsches Sprichwort, und es sieht fast so aus, als wenn die sozialistischen Parteien mit ihrem durch die Spitzengewerkschaften unterstützten scharfen Vorhaben im Reichstage die Geduld der bürgerlichen Koalitionsparteien auf eine gar zu harte Probe gestellt hätten. Aus dem demokratischen und dem Zentrumslager häufen sich die Stimmen der Ablehnung gegen Wünsche, wie die, daß eine bestimmte Partei jetzt unbedingt in die Regierung aufgenommen werden müsse, und daß eine ganze Reihe von Forderungen, die außerhalb des Reichstages aufgestellt und formuliert wurden, von allen Regierungsparteien anerkannt werden müsse. Insbesondere macht das Berliner Hauptorgan der Zentrumspartei in entschiedener Weise Front gegen Aktionen, wie sie jetzt wieder zu einer neuen Verschärfung der inneren Lage geführt haben. Es wird in der Germania darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk nicht nur von den sozialistischen Parteien repräsentiert werde, daß auch die bürgerlichen Parteien Millionen von Wählern hinter sich hätten, und daß es jede Möglichkeit einer Koalitionspolitik zerstören heißt, wenn die eine Partei der anderen Anfinnen stelle, die gegen deren Überzeugungen, ja gegen ihre Würde verstoßen. Man habe bisher immer den Weg der goldenen Mitte unter den in Deutschland gegebenen Verhältnissen für den einzig möglichen gehalten, und man müsse auf ihm verharren, wenn nicht der Mißbrauch das deutsche Volk unheilbar werden solle. Für jedes Entgegenkommen einer Partei an die andere gäbe es Grenzen, die nicht überschritten werden könnten, und nur wenn die Parteien untereinander sich als gleichberechtigt anerkennen, würde man weiter miteinander auskommen. Das Schreckgespenst einer Reichstagsauflösung sei nicht imstande, an dieser Sachlage irgend etwas zu ändern, ganz abgesehen davon, welche Partei in Wirklichkeit neue Wahlen zu fürchten hätte. Die Sozialdemokratie, die dabei von den Kommunisten auf das äußerste bedrängt würde, dürfe sich nicht einbilden, als wenn sie für diesen Fall außer Gefahr wäre. Die Erfahrungen der letzten Zeit sprächen jedenfalls dagegen.“

Aus solchen Äußerungen lassen sich zweifellos wichtige Schlüsse auf die vorherrschende Stimmung in Zentrumslager ziehen. Verfügt wäre es dagegen, sie als unfehlbare Richtschnur für die kommenden Entscheidungen aufzufassen. Einmal hat der Reichskanzler als verantwortliches Oberhaupt der Regierung immer das Recht und die Macht, von sich aus Entscheidungen herbeizuführen, ohne die maßgebenden Parteien dabei durch Annahme ihrer Mehrverantwortlichkeit zu belästigen. Dann aber ist es doch schon häufig vorgekommen, daß mehr oder weniger parteiunabhängige Versäuerungen im Grunde nur dazu bestimmt waren, keine ganze, aber doch wenigstens eine halbe Richtungsänderung vorzubereiten. Von Dr. Wirth jedenfalls versichert man in parlamentarischen Kreisen mit großer Bestimmtheit, daß er einer Erweiterung der Regierungskoalition nach links hin keinen grundsätzlichen Widerspruch entgegenzustellen habe. Das klingt auch ganz glaubhaft, da er ja auch schon bisher das „Wohl-

wollen“ der Unabhängigen für seinen Regierungszusammenschluß angenommen hat, und von hier aus bis zu ihrer formellen Aufnahme in das Kabinett nur noch ein kleiner Schritt zu tun wäre. Der Reichskanzler würde jetzt um so eher in der Lage sein, sich zu ihm zu entschließen, da er zurzeit zwei Ministerposten zu vergeben hat, das Auswärtige und den Wiederaufbau. Für den Wiederaufbau, der seit Nathenaus Rücktritt im Sommer 1921 offen geblieben war, ist schon wiederholt eine bestimmte Persönlichkeit aus dem Lager der Unabhängigen genannt worden, der man wirtschaftliches Sachverständnis nachrühmt. Dr. Wirth brauchte da nur das Äußere einer mehr rechts gerichteten Persönlichkeit zu übertragen, um vom Kabinett behaupten zu können, daß in ihm das bisherige politische Gleichgewicht unverändert geblieben sei. Und zur Not ließen sich die beiden neuen Männer vielleicht sogar noch als „Fachminister“ ausgeben, um den zu erwartenden Widerspruch von vornherein nach Möglichkeit zu entkräften. Dann bliebe freilich immer noch die nicht minder wichtige Frage übrig, ob die Parteigruppierung als solche sich diesen veränderten Personalverhältnissen in der Reichsregierung anpassen hätte oder nicht. Es ist klar, daß die rund 70 unabhängigen Stimmen, wenn sie offiziell der Regierungsmehrheit beitreten, das Gewicht der bürgerlichen Regierungstimmen erheblich herabmindern, so lange wenigstens, wie nicht auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei vollen Anschluß an den Mehrheitsblock gefunden hat. Dr. Wirth würde anscheinend insoweit wenigstens sich gern über diesen beiden Flügelparteien halten, als er ihnen nicht ganz ab- und nicht ganz zusagen möchte, um auch sie eines schroffen Nein oder eines vollen Ja zu entheben. Aber das Jonglieren mit so schwierigen parlamentarischen Kombinationen ist dem doch heutzutage ein recht undankbares Geschäft geworden. Mit dieser Kunst wäre sicher im besten Falle höchstens ein geringer Zeitausschub gewonnen.

## Aufruf!

Redaktion und Verlag des „Wilsdruffer Tageblatts“ begrüßen auf das wärmste die jüngst erfolgte Gründung des „Oberschlesischen Hilfsbundes“.

dessen Aufgabe die Aufrechterhaltung und Förderung deutscher Kultur in Oberschlesien, insbesondere aber der Schutz des deutsch-erblichen Teiles von Oberschlesien gegen die gewaltig heranrückende polnische Propaganda ist.

Wir fordern, mit Rücksicht auf die allen Deutschen gemeinsamen, hohen vaterländischen Ziele, die der Oberschlesische Hilfsbund verfolgt, alle unsere Leser ohne Unterschied der Partei auf, den Oberschlesischen Hilfsbund in geeigneter Weise dauernd zu fördern und nachdrücklich zu unterstützen. Der Oberschlesische Hilfsbund ist, wie der kürzlich veröffentlichte Aufruf des Oberpräsidenten von Oberschlesien bekanntgab, nach Entscheidung des Wohlfahrtsministeriums vom 24. Februar 1922, die einzige Stelle, die jetzt die alleinige Sammelerlaubnis für diese Aufgaben im deutschen Oberschlesien erhalten hat, womit jeder Zersplitterung der in Oberschlesien tätigen Kräfte sowie der für diese Zwecke zu sammelnden Gelder ein für allemal vorgebeugt ist. Es ist die Ehrenpflicht eines jeden Deutschen, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die durch das Genfer Diktat zwar entschieden, aber nicht gelöste ober-schlesische Frage in der deutschen Öffentlichkeit und in dem Herzen eines jeden Deutschen dauernd denjenigen Widerhall findet, auf den sie im Hinblick auf ihre kulturelle, wirtschaftliche und weltpolitische Bedeutung Anspruch hat!

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß alle für den Oberschlesischen Hilfsbund bestimmten Zahlungen ausschließlich an die Hauptgeschäftsstelle in Breslau oder an die Konten der Geschäftsstelle Berlin: Postfachkonto Berlin Nr. 10899, Beiträge von 2000 M an aufwärts an das Bankhaus Mendelssohn & Co., Berlin W., Dagerstraße 49/50, oder an die Bank für Landwirtschaft, Berlin SW, Dörfner Straße 26, Konto: „Oberschlesischer Hilfsbund“ zu leisten sind.

### Das Amnestiegesetz.

Unveränderte Annahme im Reichstag.

In den Abendstunden des Donnerstag beriet der Reichstag das Gesetz über Straffreiheit für politische Straftaten. Nach dem vom Ausschuss angenommenen Entwurf soll sich die Amnestie erstrecken auf Personen, die nach dem 4. August 1920 und im Jahre 1921 an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich teilgenommen haben, oder die von den im Jahre 1921 errichteten außerordentlichen Gerichten verurteilt worden sind, sofern die Handlungen nicht lediglich auf Rache, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen.

Nach kurzer Debatte wurden sämtliche Änderungsanträge abgelehnt. Die Paragrafen der Vorlage wurden in der Ausschussfassung gegen die Parteien der Rechten angenommen. Die Ausschussfassung, die Milde für die am Streik beteiligten Eisenbahnbeamten verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Die Amnestie gilt nicht für Handlungen, die sich in das Jahr 1922 fortgesetzt haben. Die Straffreiheit bleibt ferner verweigert bei Verbrechen gegen das Leben, Raub, Brandstiftung, Gefährdung von Eisenbahntransporten und verbrecherischem Gebrauch von Sprengstoffen.

### Anleihe oder Zahlungsausschub?

Die Juli-Rate soll gezahlt werden.

Nur eine vorläufige Antwort, noch keine endgültige, bot die Reparationskommission auf die deutsche Note, erteilt, in der die Notwendigkeit eines neuen Zahlungsausschubs klargestellt worden war. Die Erwartung, die man auf Grund von Pariser Blättermeldungen hegte, daß die Zultraite gestundet würde, hat sich leider nicht bestätigt. Diese 50-Millionen-Rate, die sich durch Ausrechnung großer Zinssummen diesmal auf etwa 32 Millionen in Gold ermäßigt, muß nach dem Bescheid, den wir aus Paris bekommen haben, erstattet werden, was eine Rückwirkung auf die Börse und den Dollarkurs sofort geltend gemacht hat.

Der Bericht des Garantiekomitees,

der die Grundlage für die endgültige in etwa vier Wochen zu erwartende Antwort der Reparationskommission bilden soll, wird vor Mitte der nächsten Woche schließlich fertiggestellt werden. Vorläufig beschränkt man sich in Paris darauf, erneut der Meinung Ausdruck zu geben, daß die Reparationszahlungen nur eine und nicht die wichtigste Ursache für die gegenwärtige Entwertung der Mark ist, und daß man eine feste Basis nur durch Verwirklichung von Finanzreformen herbeiführen könnte. Darüber hat es übrigens eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem englischen und dem französischen Vertreter in der Kommission gegeben, denn nach den Erklärungen Lord Georges im Unterhause hält es die britische Regierung für absolut notwendig, daß man Deutschland

die Zahlungsfähigkeit gewähre,

die notwendig ist, damit Deutschland seine öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung bringen kann und auf diese Art in die Lage komme, möglichst bald vernünftige Abzahlungen auf seine Verpflichtungen zu leisten. Natürlich ist der Gedanke einer internationalen Anleihe keineswegs aufgegeben worden. Die andern Mittel sind, wie ein deutscher Finanzsachverständiger neuerdings betonte, nur Stückwerk. Die tatsächliche Lösung muß dadurch erreicht werden, daß man der Frage auf den Grund geht, und wir können darauf hinweisen, daß wir auf dem Wege zum Ausgleich unserer Budgets waren, als die Mark zu sinken begann. Neben der Frage des Moratoriums wird also in der nächsten Zeit

die Anleihefrage im Vordergrund stehen.

Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Fragen in den nächsten Tagen gemeinsam angeknüpft werden. Man bemüht sich inzwischen auf britischer Seite, eine neue Zusammenkunft der Bankiers herbeizuführen, damit unter besseren Bedingungen als im Mai dieses Jahres die eventuelle Regelung einer Anleihe für Deutschland geprüft werde.